

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 80 38/39
Telex: 08 66 846 ppbn d

Inhalt

Horst Ehmke MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, begrüßt Andropows Vorschläge: Sorgfältige Prüfung verdient. Seite 1

Freimut Duve MdB gratuliert Heinrich Böll: Die Freude, ihn zu feiern. Seite 2

Helmut Rohde MdB blickt auf das Jahr 1983: Sorge und Not an der Schwelle. Seite 3

Paul O. Vogel stellt fest, daß Hamburgs Sozialdemokraten eine große Verpflichtung auferlegt worden ist: Antwort an Bonn. Seite 5

Uwe Holtz MdB kommentiert die Ottawa-Erklärung der Nord-Süd-Kommission: Die Mahnungen ernst nehmen! Seite 7

Dokumentation

SPD-Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel erinnert: Im Sinne des demokratischen Sozialisten Eduard Bernstein. (Teil II) Seite 8

37. Jahrgang / 242

21. Dezember 1982

Im entscheidenden Zeitpunkt

Andropows Vorschläge verdienen sorgfältige Prüfung

Von Professor Dr. Horst Ehmke MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion,
Mitglied des SPD-Parteivorstandes

In einem für den Fortgang der Rüstungskontrollverhandlungen und damit für die Geschicke der Welt entscheidenden Zeitpunkt hat der neue sowjetische Generalsekretär einen Vorschlag gemacht, der sorgfältige Prüfung verdient.

Andropow bekundete unter anderem die Bereitschaft der Sowjetunion "in Europa nur genauso viele Raketen" zu behalten, "wie Großbritannien und Frankreich besitzen, und nicht eine einzige mehr". Das bedeutet nach seinen Worten, "daß die Sowjetunion Hunderte von Raketen abbauen würde, darunter mehrere Dutzend der modernsten Raketen, die im Westen als SS-20 bezeichnet werden".

Es gibt gegen diesen Vorschlag von westlicher Seite natürlich auch Einwände, zum Beispiel, daß Andropow von der Zahl der Raketen und nicht von der Zahl der Sprengköpfe ausgeht. Wer immer aber im Westen diesen Vorschlag vorschnell ablehnen würde, würde damit eine schwere politische Verantwortung auf sich laden. Wir Sozialdemokraten fordern das westliche Bündnis auf, den Vorschlag eingehend zu prüfen. (-/21.12.1982/ks/ca)

+ + +

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godsberger Allee 10B-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Leitung: Gerd
Klein
Redaktion: Peter
Klein



Denk mal nach

Die Freude, Heinrich Böll zu feiern

Von Freimut Duve MdB

Kulturpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Feiern wir ihn, dem das Feierliche nicht liegt. Heinrich Böll wird 65. Wir aus der Politik, die wir alle mehr oder minder produktiv in den Gruppen und Gremien arbeiten, stehen verschüchtert vor dem Werk eines einzelnen. Handwerker, allein in der Werkstatt. Keine Abendsitzung, keine Vorabgespräche und nachträglichen Abklärungen, keine Vorstandswahlen. Ein Lebenswerk von einem, der guckt und beschreibt; seine Leute beschreibt, die wunderlichen Deutschen, sein Land, das konturlose Deutschland.

Die christdemokratische Halbwelt des muffigen kommunalen Establishments wollte ihn zu seinem Geburtstag noch einmal tranchieren: in den guten belletristischen und in den zu ignorierenden politischen Autor.

Wir Sozialdemokraten gratulieren ihm sehr herzlich und dankbar. Er hat an der Wachheit und Wachsamkeit, mit der wir uns mit Lähmungen der 50er Jahre lösen müssen, großen Anteil. Er hat an unserer Öffnung gegenüber eigenen Fehlern und neuen Problemen, mit der wir uns in den 70er Jahren herumgeschlagen haben, großen Anteil.

Er, immer allein, hat uns, die Millionenpartei, skeptisch begleitet. Er hat Kübelweise abrinnen lassen müssen all das, was von rechts über ihn ausgeschüttet worden ist. "Böll" - das ist bis heute ein Reizwort bei jenen, die zur Zeit die geistig-moralische Erneuerung proben.

Wenn einer uns Lehren kann, was die Restauration der 50er Jahre bedeutet, dann dieser Heinrich Böll; wenn einer uns Jüngeren begreifen macht, was Kohls Adenauer Epigonie für die Deutschen bedeutet, dann dieser Mann aus Köln. Er hat zornig das Plakettenswort vom "Gewissen der Nation" abschütteln müssen. Welche Nation, die es sich bequem machen wollte, ihren einzigen Literaturnobelpreisträger zu dem zu machen, was das Grundgesetz gar in jedem einzelnen Abgeordneten voraussetzt.

Heinrich Böll lehrt die Politiker, daß ohne Utopie Demokratie stirbt; ohne den Hoffnungswurf der über die Dinge liege, mit Heuchelschleifen geschmückte Wirklichkeit hinaustrifft! Wir werden die Schriftsteller-Utopie nicht billig aus dem Regal zum lässigen Gebrauch nehmen können. Unsere Politikerwirklichkeit, unsere Sachen und ihre Zwänge stehen quer zu seinen. Wir müssen uns schon um unsere eigenen Träume bemühen. Er mahnt, er liefert keine Folien zum Abkupfern: "Es gibt ein uraltes, nicht nur deutsches Mißverständnis zwischen Autoren und Politikern; letztere bilden sich einfach zu viel ein, wenn sie durch Romane, Gedichte, Erzählungen, Dramen sich beleidigt fühlen, weil die Welt, die sie geschaffen haben, in Wirklichkeit doch schöner sei, als dort dargeboten. Der Streit darüber, was nun wirklich sei, ist sinnlos, zeitraubend und langweilig; nicht nur die deutsche, die internationale Literatur macht den Streit überflüssig. Was wirklich ist, bestimmt der Autor, der Maler, der Bildhauer, der Tänzer, der da seine Wirklichkeit schafft. Entgegenkommen gibt es nicht, Zumutung ist die Parole - und auf alle Rückwärtsangriffe gibt es nur eine Antwort: Vorwärtsverteidigung."

Vorwärtsverteidigung natürlich. Wo die Zukunft betoniert erscheint, wo Arbeits- und Zukunftslosigkeit in Hoffnungslosigkeit umschlägt, da muß die Utopie konkret sein. Da wird der politische Kampf zur konkreten Vorwärtsverteidigung.

Also, weiß Gott kein Erbauungsautor für die Weihnachtsferien, für uns Politiker weit eher ein Werkmeister für den Werktag. In seiner berühmten Rede "Was ist heute links?" (Recklinghausen 1977) fügt er Worte neu zusammen für die von Arbeitslosigkeit und Rezession gepölnigten Politiker der 80er Jahre einer der vielen Denkstöße für Sozialdemokraten: "Denken wir einmal über einen so fremdklingenden Begriff wie kultureller Wohlstand nach oder gar so einem Begriff wie kulturelles Wachstum."

Kein Denkmal, wahrlich nicht, kein Lorbeerkranz zur Rentengrenze, aber ein großes mächtiges Stück des "kulturellen Wohlstandes" dieser Republik, das ist Heinrich Böll.

+ + +

Sorge und Not an der Schwelle

Dynamische Krise und lethargischer Staat - unsere Zukunft?

Von Helmut Rohde MdB

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA)

Das Neue Jahr, sonst mit freudigem Optimismus erwartet, trifft in den Industrieländern in diesem Jahr auf Sorgen, auch auf Niedergeschlagenheit und Angst. Keiner glaubt mehr jener traditionellen Ökonomie, die uns in den 80er Jahren stets einen kurz bevorstehenden konjunkturellen Aufschwung vorausgesagt und damit die Politik auf die falsche Fährte gelockt hat. Dies ist kein Zufall. Es ist dies die Folge einer geradezu zwanghaften Haltung, die darauf hinausläuft, die Folgen der Arbeitslosigkeit zu unterschlagen und sich vor der Tatsache zu drücken, daß es eine weltweite Krise gibt. Schon gar nicht will diese Ökonomie zugeben, daß die Krise konservative und unübersehbare kapitalistische Ursachen hat.

Wer noch nicht einmal die Lage richtig beurteilt, dem kann auch nicht zugetraut werden, daß er mit den Gefahren der Krise fertig wird. Die Haushaltsdebatte vor Weihnachten war in dieser Beziehung trostlos. Am schlimmsten, am bedrückendsten fand ich, wie dabei die Menschen hinter Licht geführt worden sind. Obwohl zum Beispiel in eine Periode rigoroser Mietenverteuerung hineingegangen werden soll, erweckten die Redner der Rechtskoalition den Eindruck, als handele es sich dabei um Weihnachtsgeschenke für die breiten Massen. Und obwohl den Arbeiterkindern der soziale Boden für ihren Anspruch auf Bildung entzogen und die Ausbildungsförderung dem Gedanken elitärer Arroganz geopfert werden soll, wurde dieser Schritt noch wie eine Wohltat für Kinder aus dem Arbeiterhaushalt dargestellt. Das zeigt eines: Der politische Schwindel ist zum Stilmittel der konservativen Politik geworden. Georg Leber hat Recht. Wenn man "all das, was wie ein Strom aus allen Ressorts kommt, bündelt", fängt es in vielen Familien "vor Not an zu brennen".

Und das ist auch in anderen großen Fragen so: Beklagt wird der Umfang der Subventionen, aber verteidigt jedes Interessentenprivileg. Man schimpft über die Nettokreditaufnahme, aber im nächsten Jahr erreichen die bundesrepublikanischen Schulden eine Rekordmarke. Die Regierung spricht vom Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, nähert sich aber mit der Bundesrepublik der Rekord-Arbeitslosigkeit anderer Industrieländer. Die rechte Seite erklärt, man kürze die Sozialfinanzen um der sozialen Sicherheit willen. In Wahrheit sagen alle Fachleute, daß diese Eingriffe das Niveau der Sozialversicherung, die Rentenerwartungen und die gesicherte Anpassung an den allgemeinen Lebensstandard massiv in Gefahr bringen. Der Export geht zurück und der Binnenmarkt lahm - Nährboden für Beschäftigungskrisen und sozialen Abstieg.

Ausgerechnet in der Krise wird auf Beschäftigungsprogramme der SPD geschimpft, soll alles nur dem Markt überlassen werden, aber der Staat mit seiner Verantwortung in Lethargie verharren: Obwohl sich bei AEG, bei Arbed, bei Grundig, in der Stahlindustrie des Ruhrgebietes und an anderen Stellen zeigt, wie leichtfertig und abenteuerlich es ist, auf aktive Industriepolitik zu verzichten, Technologiepolitik nicht mit Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen und mit der Entwicklung einer zukunftsfesten Infrastruktur zu verbinden.

Es ist nicht nur die Ungerechtigkeit, die ich an der Regierungspolitik provozierend finde; es ist ihre ebenso unglaubliche Art, wie mit den Interessen der breiten Schichten umgegangen wird. Die öffentlichen Auftritte, auch die Konferenzen der Regierungschefs, werden immer pompöser, aber die Ergebnisse solcher Beratungen immer dürftiger.

Der eigentliche Skandal liegt darin, wie die breiten Schichten in der Krise von der Politik im Stich gelassen werden. Dies signalisiert den Verlust von politischer Führung und politischer Fähigkeit.

Unsere Auffassung ist: Die SPD muß um Regierungsführung und um die enge Verbindung von politischen und öffentlichen Aktionen kämpfen. Eine Krise zu überwinden, ist keine Fachfrage mehr. Sie ist die Aktionsfrage sozialdemokratischer Politik.

Unsere Antworten müssen konkret sein, denn auch die Krise ist konkret. Nun sagen alle, es gäbe keine "Patentrezepte". Mit einem solchen Satz ist nicht viel anzufangen. Soweit ich selbst zurücksehen und -lesen kann, sind soziale Prozesse nie mit Patentrezepten behandelt worden. Der Begriff lenkt von der Tatsache ab, daß es heute konkrete Handlungsfelder gibt, die politisch beachtet werden müssen, daß sich Mängel, Fehler und erkennbare Lücken aufgetan haben, in die eine neue Politik vorstoßen muß. Über mangelnde Patentrezepte zu lamentieren, führt zu einem lethargischen Staat. Dann werden dynamische Krise und lahme Regierung leicht zur gefährlichen Mischung.

Konkret sein, daß heißt zum Beispiel:

1. Wir müssen und wir werden im neuen Bundestag einen Gesetzentwurf für mehr Flexibilität in der Lebensarbeitszeit einbringen. Technologie zu forcieren, aber Arbeitszeit zu tabuisieren, führt zu konflikthaften Widersprüchen.
2. Es wird mit Sicherheit erneut ein Gesetzentwurf vorgelegt, der die alte Arbeitszeitordnung ersetzt. Sie wurde 1938 gemacht, um die Generation unserer Väter auf die Kriegsproduktion vorzubereiten. Unverantwortlich wäre es, damit in die technologische Revolution zu marschieren.
3. Wir werden für das soziale Sicherungssystem kämpfen, und zwar dadurch, daß wir gegen den konservativen Rückzug auftreten und gleichzeitig aufgeschlossen dieses System auf die Bedingungen der Zukunft hin reformieren. Unsere Sache ist es, eine Sozialpolitik gegen die Krise zu machen.
4. Wir werden für öffentliche Investitionen eintreten. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg wurde damit wirtschaftlicher Fortschritt erreicht. Sie dürfen nicht ausgerechnet in einer Krise im Orkus staatlicher Lethargie versacken. Öffentliche Investitionen heißt für uns gleichzeitig, Beschäftigungspolitik mit Leistungen für humane Lebensbedingungen in Arbeit und Umwelt zu verbinden.
5. Wir werden für eine moderne Industrie- und Investitionspolitik eintreten, und zwar unter gleichzeitiger Entwicklung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Wir stehen am Scheideweg: Entweder sind die Arbeitnehmer in der technologischen Revolution gleichberechtigt, mitbestimmt und mitbestimmend, oder es drohen neue Ausbeutung, soziale Zerküftung, neue Aufspaltungen in der Bildung, am Arbeitsmarkt und in der Politik.
6. Wir werden für Finanzierungsgrundlagen einer neuen Beschäftigungspolitik eintreten. Sie müssen effektiv und gerecht zugleich sein. Es ist politische Einfalt, die Nachfrage am Binnenmarkt erlahmen zu lassen und allein die begüterten Schichten mit Zusatzbonus versehen zu wollen. Schon die angelsächsischen Länder sind damit in die Ebbe geraten. Ich sehe nicht ein, warum ausgerechnet jetzt die Bundesrepublik die Torheiten dieser Länder wiederholen und sich von Kohl noch als Zukunftsaussicht aufschwätzen lassen soll.
7. Und wir werden Initiativen für die Ausbildungsförderung der Arbeiterkinder und für die Sicherung der Qualität und der Finanzen der Berufsausbildung ergreifen. Auf diesen wie auf anderen Feldern werden wir direkt, konkret und in enger Beziehung mit den Menschen handeln. Mit Kommissionen und Modellversuchen sind wir nicht zu konzertieren.

Wir sind längst über den Punkt hinaus, an dem mit Teestunden und Fototerminen im Kanzleramt, mit konzertiertem Manegenrandspektakel bei Lambsdorff oder ähnlichen Rheintal-Vorstellungen die kapitalistische Krise bekämpft werden kann. Es gibt nur einen Weg, und daran führt kein Denken, keine Politik und daran führen auch keine Interessen der breiten Arbeitnehmerschichten vorbei: Das ist der Wille zur Regierun- gsführung, zur Erneuerung der Politik und zu einem mit der Bevölkerung und mit der Wirtschaft gegen die Krise kämpfenden Staat.

(-/21.12.1982/ks/ca)

Antwort an Bonn

Hamburgs Sozialdemokraten ist eine große Verpflichtung auferlegt worden

Von Paul O. Vogel

Ganz genau wußte es wieder einmal - vor der Wahl - die große Ahnfrau der Demoskopie vom Bodensee, Professor Noelle-Neumann vom Institut Allensbach: Sie hatte ein Kopf-an-Kopf-Rennen von CDU und SPD so um die 43 Prozent, und dazu zehn Prozent für die GAL prognostiziert. Die CDU hat daran geglaubt, und auch bei den Sozialdemokraten regten sich Zweifel, ob das Bonner Institut INFAS mit seinen 47 Prozent für die SPD und 41 Prozent für die CDU in Hamburg wohl richtig lag.

Um 19 Uhr am 19. Dezember war dann klar, welches Institut sauber gearbeitet hatte: Die Dame mit den manipulativen Zahlen - oder INFAS. Aber das war in diesem Augenblick nur noch Randglosse. Entscheidend war und bleibt das politische Ergebnis:

- Die Sozialdemokraten haben die absolute Mehrheit der Stimmen zurückgeholt;
- die SPD hat ihr Wählerpotential wieder weitgehend zu aktivieren und für sich zu gewinnen vermocht;
- die CDU ist reduziert auf ihre traditionelle Wählerschaft in der Hansestadt, unter 40 Prozent, aber fast 400.000 Stimmen;
- von "Hamburger Verhältnissen" - schon vorher eine böswillige Verzeichnung der tatsächlichen Verhältnisse im Rathaus - kann nun niemand mehr reden; die GAL hat ihre Funktion als potentieller Mehrheitsbeschaffer verloren.

Wie ist es zu diesem verständlicherweise mit dem Beiwort "sensationell" versehenen Wahlergebnis gekommen? Und was bedeutet dies Ergebnis?

1. Den Sozialdemokraten ist es seit ihrer verlustreichen Niederlage am 6. Juni 1982 gelungen, zu Geschlossenheit im Erscheinungsbild und im Handeln zurückzufinden. Im Wahlkampf war das spürbar. Die Wahlbeteiligung war mit 84 Prozent höher als je seit 1946 bei Bürgerschaftswahlen, und es sind vor allem die traditionellen Stammwählerbezirke der SPD gewesen, in denen die Mobilisierung der Wählerschaft so eindrucksvoll gelang. Die Hamburger Sozialdemokraten haben ihre Lehre aus dem Zustand der Zerstrittenheit, der Personalkonflikte und der Flügelkämpfe gezogen, die das Bild der SPD vor der Öffentlichkeit zwischen 1976 und 1982 bestimmten; es gab im Wahlkampf, es gab seit dem 6. Juni wieder das "Wir"-Gefühl, das in der Tradition dieser Partei steht.

2. Zwei Politiker haben im Hamburger Wahlkampf eine herausragende Rolle gespielt:

- Bürgermeister Klaus von Dohnanyi - der Spitzenkandidat der SPD. Er hat eindrucksvoll Punkte gemacht gegenüber dem Herausforderer Leisler Kiep: Mit Integrität im gesamten Verhalten, mit eindrucksvoller Sachkunde, diszipliniertem Fleiß und hoher Intelligenz, dazu mit überzeugender Loyalität gegenüber seiner Partei.
- Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt. Er hat sich in diesem Wahlkampf eingesetzt wie nie zuvor, und er hat die Verknüpfung der Hamburger mit der Bonner Politik



in seiner Person hergestellt; es ist ein hartes Schlaglicht gefallen auf die trüben Umstände der Bonner "Wende" und die hektische Tendenz der Reigerung Kohl, vor allem im sozialen Bereich die Bereitschaft der Bürger zur Anpassung an veränderte Wirtschaftsdaten auszunutzen zu einer tiefgreifenden Umschichtung. Das wird besonders deutlich am Stichwort "Wohnungsbau-Politik". Die Hamburger Wahl ist eine Niederlage auch für Bundeskanzler Kohl, und sein Fernbleiben aus der Bonner Fernsehunde am Wahlabend ist von vielen Zuschauern als Eingeständnis der bundesweiten Signalwirkung des Hamburger Ergebnisses gewertet worden.

3. Die Hamburger-Wahl ist von der CDU erkennbar als Vorlauf zur Bundestagswahl am 6. März 1983 angelegt gewesen: Unter weitgehendem Verzicht auf Behandlung von Sachthemen wurde der Schwerpunkt der Angriffe in einer Kampagne deutlich, die so tat, als stehe Hamburg vor einer Ehe von Dohnanyi/Ebermann, vor einem rot-grünen Bündnis. Diese Kampagne ist gescheitert, sie wurde vom Hamburger Wähler eindrucksvoll beendet.
4. Dies ändert nichts an der Bedeutung der Tatsache, daß sich die Grün-Alternative Liste (GAL) in der Hamburger Bürgerschaft etabliert und daß sie - mit einem recht stabilen Wählerpotential um 70.000 Stimmen - ihre Position befestigt hat. Zweifellos bringt diese Gruppe neue Impulse in die Hamburger Politik, ebenso zweifellos tut sich diese Gruppierung unverändert schwer, zu einem in ihrem Sinn fruchtbaren Umgang mit den Instrumenten von Politik und mit denkbaren Partnern zu finden. Es war im Sinn von Klarheit ganz wichtig, daß die Hamburger Sozialdemokraten mit der GAL ernsthafte Gespräche geführt haben, die nicht nur von Taktik bestimmt und nicht nur auf Vorführung und Herabsetzung abgestellt waren. Die GAL hat diese Probe nicht bestanden.

Das Fazit: Die entschiedene Bereitschaft der Hamburger SPD, für realistische Reformen geschlossen zu kämpfen, hat die Wähler überzeugt. Die Hamburger haben ein Signal gegeben: Sie wollen keine "Bonner Verhältnisse". Den Sozialdemokraten an der Elbe ist zugleich eine große Verpflichtung auferlegt worden: Sie wissen, jedenfalls in ihrer großen Mehrheit, daß es jetzt darauf ankommt, die zurückgewonnene Solidarität nicht erneut auf's Spiel zu setzen, und das heißt vor allem:

Die zu lebendiger Politik gehörenden Auseinandersetzungen müssen in Form und Ablauf anders als in der Vergangenheit geführt werden. Denn eines ist klar - Hamburg steht vor einer Fülle großer, auch bedrückender Probleme vor allem im wirtschaftlichen Bereich, deren Lösung die Bürger vom Senat und von den Sozialdemokraten erwarten. Da geht es nicht um spektakuläre Parteitagebeschlüsse, da geht es um mühselige Arbeit im Kampf gegen Arbeitslosigkeit, geht es um die Auseinandersetzung mit der Realität.

(-/21.12.1982/ks/ca)

+ + +



Die Mahnungen ernster nehmen!

Zu der "Ottawa-Erklärung" der Nord-Süd-Kommission vom 14. Dezember 1982

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Der Bericht der von Willy Brandt geleiteten Nord-Süd-Kommission "Das Überleben sichern" von Anfang 1980 hat nicht die von ihm erhofften Anstöße für ein engeres Zusammengehen aller Staaten der Welt zur Sicherung unserer Zukunft gebracht. Von ihren Vorschlägen für langfristige Reformen der internationalen Wirtschaftsordnung ist nicht verwirklicht, der größere Teil ihres Notstandsprogramms bleibt unerledigt. Die Entwicklungshilfeleistungen der wichtigsten Geberländer stagnieren oder gehen gar zurück, und die Möglichkeiten der internationalen Hilfsorganisationen und Finanzinstitute sind erheblich eingeschränkt worden, hauptsächlich durch die restriktive Politik der Reagan-Administration, aber auch durch die Unfähigkeit oder Unwilligkeit der übrigen Industrieländer, mehr als bisher zu tun. Die Regierung Kohl/Genscher liegt im Trend: Sie hatte den ohnehin knappen Haushaltsansatz der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung noch weiter gekürzt und den Rahmen der finanzwirksamen Zusagemöglichkeiten an Entwicklungsländer für 1983 drastisch beschnitten.

Deshalb ist die Sorge der Nord-Süd-Kommission berechtigt, daß die wachsende Verelendung der Dritten Welt uns alle noch weiter in eine Rezession treibt, die immer mehr an die Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre zu erinnern beginnt. Die Kommission weist mit Recht darauf hin, daß die reichen und die armen Länder unentwerrbar miteinander verknüpft sind:

- Allein die USA liefern 30 Prozent ihrer Exporte in die Dritte Welt.
- Die Importkapazität der Entwicklungsländer ist allein in den beiden letzten Jahren um etwa 100 Milliarden US-Dollar gefallen.
- Die wachsende Verschuldung der Dritten Welt schwächt das Vertrauen in das internationale Finanzsystem, das sich bisher nicht in der Lage gesehen hat, diese Krise zu meistern.

Schon lange und häufig sind die Finanzpolitiker gemahnt worden, das internationale Währungssystem und die internationalen Finanzinstitutionen so zu reformieren, daß den besonderen Bedürfnissen und Gegebenheiten der Dritten Welt besser Rechnung getragen werden kann als bisher. Es zeigt sich immer deutlicher, daß die bestehende Ordnung die Entwicklungsländer immer tiefer in die Verschuldung treibt und damit zu einer deflationistischen Politik zwingt, die weder den notleidenden Menschen in der Dritten Welt noch den darniederliegenden Welthandel dient. Was wir heute erleben, ist eine Schrumpfungskrise, und deshalb brauchen wir nichts weniger als noch mehr Schrumpfung.

Deshalb sind wir aufgerufen, die Mahnungen der Nord-süd-Kommission endlich ernster zu nehmen als bisher. Ihre Vorschläge für neue Aktivitäten des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank zur Schaffung zusätzlicher Mittel zugunsten der Entwicklungsländer müssen endlich Eingang in die praktische Politik finden. Wir dürfen schließlich nicht vergessen, daß wir nicht auf der Insel der Seligen leben, sondern zusammen mit allen anderen Staaten und Völkern wie die Nord-Süd-Kommission feststellt, in einer gemeinsamen Krise, aus der wir nur gemeinsam herauskommen. (-/21.12.1982/ks/oa)

+ + +



DOKUMENTATION

Auf einer Gedenkveranstaltung zum 50. Todestag Eduard Bernsteins hat der SPD-Kanzlerkandidat, Dr. Hans-Jochen Vogel, am Wochenende folgendes Referat gehalten, daß wir in drei Teilen veröffentlichen. (Teil II)

Im Sinne des demokratischen Sozialisten Eduard Bernstein

Diese Einschätzung hat einen unmittelbar sich aufdrängenden aktuellen Bezug. Es gibt noch immer eine nicht zu übersehende Geringschätzung des politischen Kompromisses, und zwar auf beiden Seiten des politischen Spektrums. Dieser Trend findet sich sowohl in Teilen der jungen Generation und der Alternativbewegung als auch bei den Neukonservativen. Was umgeht, ist - positiv ausgedrückt - eine Sehnsucht nach Klarheit, Wahrheit, Glaubwürdigkeit; negativ ausgedrückt, ein vorschnelles Verweigern des vernünftigen Diskurses, ein neuer Dezisionismus. Die einen - aus der Alternativbewegung - erfinden beispielsweise ein "Widerstandsrecht" gegen demokratische Mehrheitsentscheidungen und rechtsstaatliche Urteile.

Und die anderen - die Neukonservativen - klammern sich an alte Tugendenkataloge und verweigern die Auseinandersetzung mit neuen Fragen, neuen Gruppen und neuen Verhaltensweisen.

Ich kann das Mißtrauen gegen Formelkompromisse und die moralische Kritik an manchen entleerten Konventionen des politischen Alltags gut verstehen. Aber gerade im Sinne Eduard Bernsteins warne ich vor der Geringschätzung des politischen Kompromisses. Im Alltag der Demokratie geht es in der Regel nicht um Moral und Unmoral, sondern um verschiedene politische Konkretisierungen für gleichermaßen moralisch vertretbare Ziele. Die falsche und vorschnelle Moralisierung der politischen Auseinandersetzung ist ein Verfallzeichen politischer Kultur. Wird der Gegner außerhalb der Moral gestellt, so ist der Kompromiß ein Indiz für moralischen Vorrat. Dieser Moralismus, die vorschnelle Inanspruchnahme der Kategorie des Gewissens, ist unpolitisch.

So werbe ich, immer im Sinne Eduard Bernsteins, für das Sich-Einlassen auf die Einzelheiten, für die Abwägung unterschiedlicher Interessen, für das Ringen um Konsens im vernünftigen Dialog, und - wenn dieser Konsens nicht erreichbar ist - für den Kompromiß. Ich füge allerdings sogleich hinzu, daß es in der technischen Welt von heute Entscheidungen gibt, die mit der Technik der Interessenabwägung allein nicht mehr zu bewältigen sind. "Die moderne Technik", so hat der Philosoph Hans Jonas gesagt, "hat Handlungen von so neuer Größenordnung, mit so neuartigen Objekten und so neuartigen Folgen eingeführt, daß der Rahmen früherer Ethik sie nicht mehr fassen kann". Wenn die Bedingungen des Daseins überhaupt auf dem Spiele stehen, muß für eine Welle das frühere Streben nach Vollkommenheit, nach dem besten Leben, ja oft nur nach dem "guten Willen" (Kant) in der Ethik zurücktreten hinter der einfachen Pflicht, Leben zu erhalten. In solchen Ausnahmesituationen kann die "Remoralisierung der Politik" sinnvoll sein, die auf allen anderen Feldern die politische Kultur der Demokratie gefährdet.

Sozialismus als Erbe des Liberalismus

Aus der Interessenpluralität folgt für Bernstein, daß die Demokratie erst in der Ergänzung durch den Rechtsstaat dem sozialistischen Rechtsprinzip entspricht. Menschenrechte, Minderheitenrechte müssen der Mehrheitsentscheidung entzogen bleiben. Nur so kann sich die plurale Gesellschaft vor der Selbstzerstörung retten.

Diese Verbindung von Demokratie und Recht zum demokratischen Rechtsstaat bezeichnete Bernstein als "liberale Demokratie". An dieser Verbindung demonstriert er - in einer auch aktuell bemerkenswerten Weise - das Verhältnis von Liberalismus und Sozialismus.

"Was aber den Liberalismus als weltgeschichtliche Bewegung anbetrifft, so ist der Sozialismus nicht nur der Zeitfolge, sondern auch dem geistigen Gehalt nach sein legitimer Erbe. ... Die Ausbildung und Sicherung der freien Persönlichkeit ist der Zweck aller sozialistischen Maßregeln ..." Freiheit für alle in Wirtschaft und Gesellschaft ergibt sich aber nicht aus dem Gewährenlassen der individuellen Willkür eines jeden, sondern nur durch eine bewußte Anstrengung. Freiheit für alle ist eine gesellschaftlich aufge-



gebene Leistung. Bernstein drückt das so aus: "Solche Freiheit ist für alle nur möglich durch das Mittel der Organisation. In diesem Sinne könnte man den Sozialismus auch organisatorischen Liberalismus nennen."

Seinen Gedanken, daß die Prinzipien des Liberalismus nichts enthalten, was nicht im demokratischen Sozialismus aufgehoben ist, ergänzt Bernstein sogleich durch eine Warnung: Eine Warnung davor, den Liberalismus als geschichtliche Idee etwa zu verwechseln mit der liberalen Partei, "unserem sogenannten Liberalismus", wie er sagt. Schon damals veranlaßte ihn der Widerspruch zwischen dem liberalen Prinzip und der Praxis des organisierten Liberalismus zu der Frage: "Hat der Liberalismus in Deutschland noch eine Chance?" Man sieht, auch dies ein aktuelles Kapitel in Bernsteins Schaffen. Ich halte Bernsteins Darstellung des historischen Zusammenhangs von Liberalismus und demokratischem Sozialismus im Kern für zutreffend. Wir sind uns der damit verbundenen Verpflichtung durchaus bewußt und werden deshalb der freisinnigen Tradition von Friedrich Naumann bis Karl Hermann Flach in der Sozialdemokratie Heimatrecht anbieten. Wenn sich der organisierte Liberalismus zum Wirtschafts- und Nationalliberalismus verengt, muß die Sozialdemokratie den anderen Traditionsstrang aufnehmen und weitertragen.

Dezentralisierung und Subsidiarität sind notwendig

Aus seinem Demokratieverständnis und aus seinem Pluralismusbegriff entwickelt Bernstein die Notwendigkeit von Dezentralisierung und Subsidiarität. Wirtschaftliche Vielfalt, Dezentralisierung, individuelle Eigenverantwortung und Selbsttätigkeit sind wesentliche Elemente des demokratischen Sozialismus Bernsteins.

Im Orientierungsrahmen '85 haben wir diese Einsichten für unsere Zeit neu bekräftigt:

"Ohne gesellschaftliche Strukturreformen, die die Fähigkeit und Bereitschaft der Gesellschaft zur Selbstregulierung und zur Selbsthilfe nutzen und stärken, droht uns eine Entwicklung, in der wachsende, lähmende soziale Konflikte nur noch durch den Staat reguliert werden können, der zur Durchsetzung seiner Ziele eines wachsenden Apparats bedarf. ... Sozialdemokratische Gesellschaftspolitik bejaht ... die aktive Rolle des Staates in der Gestaltung unserer gesellschaftlichen Ordnung. Sie lehnt aber jede 'Verstaatlichung' der Gesellschaft mit Nachdruck ab."

Pluralismus und Subsidiarität bestimmen auch Bernsteins Einstellung zum Eigentum. Unter den verschiedensten Eigentumsformen kann es gleichermaßen zur Entrechtung der arbeitenden Menschen kommen. Eine allgemeine Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist nach Bernstein weder eine praktikable noch eine im Hinblick auf das sozialistische Moral- und Rechtsprinzip zielgerechte Vorstellung. Worauf es allein ankommt, ist die Gleichberechtigung und der Rechtsschutz aller Menschen im Arbeitsleben, "die Umwandlung von Rechten auf die Unternehmung und über ihren Betrieb". Es geht um eine Begrenzung des Eigentums im Interesse des gleichen Rechts für alle und nicht um seine gänzliche Abschaffung. Es geht nach Bernstein nicht darum, "daß Eigentum anerkannt wird, sondern welches Eigentum anerkannt wird und welche Rechte mit dem Eigentum verbunden sind". Dies ist eine bis heute gültige Aussage zu den dringenden Problemen der Wirtschaft: Auf die Frage der Mitbestimmung der Arbeitnehmer, auf die Frage nach der gesellschaftlichen Einflußnahme auf den Wirtschaftsprozeß und auf die Frage nach der gesellschaftlichen Verantwortung für das Ergebnis wirtschaftlicher Entscheidungen. Die notwendige Neukonzeption der Sozialpolitik unter dem Druck geminderter Wachstumsraten muß diesen Denkansatz Bernsteins berücksichtigen. Die SPD kann dabei mit der katholischen Soziallehre genauso kooperieren wie mit der Alternativbewegung. Sie ist nicht die Partei einer etatistischen Sozialbürokratie, sondern die Partei, die Solidarität und Selbständigkeit miteinander verbinden will.

Das "Ziel ... ist mir gar nichts ... die Bewegung alles". Diesen - überpointierten - Gedanken hat das Godesberger Programm zu der Feststellung, der Sozialismus sei eine dauernde Aufgabe, abgeändert. Sozialismus ist für Bernstein kein ahistorischer Zukunftszustand, kein Ende aller Geschichte. Sozialismus ist eine Anforderung, auf die unter sich wandelnden Verhältnissen jeweils neue Antworten gefunden werden müssen. Eine humane Gesellschaft läßt sich nicht mit inhumanen Mitteln erreichen, Freiheit nicht auf unfreiheitlichem Wege.

(-/21.12.1982/ks/ca)

(Fortsetzung folgt)

Verantwortlich: Willi Carl

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier

